

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christian Ahrendt, Dr. Max Stadler, Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/10371 –**

Linksextreme Gewalt und Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit Jahren bedrohen gewaltbereite Linksextremisten, viele aus der autonomen Szene, die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Ursprünglich hatten CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag beschlossen, jede Form von Extremismus zu bekämpfen. Wenngleich der Linksextremismus nicht weniger gefährlich ist als der Rechtsextremismus, einigte sich die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD 2006 doch noch darauf, Programme gegen Linksextremismus nicht zu unterstützen. Eine Gefahr von „links“ wird nicht wahrgenommen, wodurch die Bekämpfung des Linksextremismus kaum bis gar nicht betrieben wird. So besteht in der Gesellschaft trotz zunehmender Straftaten eine erschreckende Akzeptanz gegenüber politisch links motivierter Gewalt.

Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) gehörten Ende 2007 etwa 6 300 Personen dem gewaltbereiten linksextremen Spektrum an. Damit stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 300 Personen an. Die größte Gruppe mit rund 5 800 Personen gehört der autonomen Szene an. Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – links ist ebenfalls ein Anstieg sowohl bei der Summe aller Straftaten um 9,4 Prozent (auf nunmehr 5 866) als auch bei der Anzahl der Gewaltdelikte um 3,1 Prozent festzustellen. Damit verübten linksextreme Straftäter im vergangenen Jahr die meisten Gewalttaten seit der Einführung der entsprechenden Deliktstatistik.

Hervorzuheben ist der auffallend hohe Anteil der Sachbeschädigungen, der etwa 42 Prozent der begangenen Straftaten ausmacht. Dazu gehören zahlreiche Brandanschläge auf Autos, insbesondere vor und nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm im vergangenen Jahr. Dieses Großereignis mit seinen gewalttätigen Begleiterscheinungen hat die Statistik ebenso beeinflusst wie die häufigen Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Extremisten. Parallel zu rechtsextremen Aufmärschen, die zu typischen Aktionen in diesem Spektrum gehören, veranstalten Linksextreme regelmäßig Gegendemonstrationen, bei denen es häufig, beispielsweise bei Beteiligung des „schwarzen Blocks“, zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt.

Bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 2007 sagte der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, dass die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität sich seit Jahren auf einem viel zu hohen Niveau befänden. Die Politik müsse daher die Absage an jede Form gewalttätiger politischer Auseinandersetzung als eine Daueraufgabe ansehen und annehmen. Im Kampf gegen den Rechtsextremismus gibt es bereits viele Projekte und Organisationen, die selbstverständlich trotz der zu verzeichnenden Erfolge weiterhin unnachgiebig betrieben werden müssen. Im Bereich des Linksextremismus gibt es hingegen keine vergleichbaren Maßnahmen.

1. Wie viele Gewaltstraftaten kamen seit dem Jahr 2005 bis einschließlich letztem Quartal im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – links zur Anzeige (bitte nach Bundesländern auflisten)?

Im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ sind von den zur Erfassung der politisch motivierten Straftaten zuständigen Ländern dem Bundeskriminalamt in der Zeit vom 1. Januar 2005 bis zum 30. Juni 2008 insgesamt 4 243 Gewaltdelikte gemeldet worden. Die Verteilung auf die einzelnen Jahre und Bundesländer ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Bundesland	2005 (endgültige Zahlen)	2006 (endgültige Zahlen)	2007 (endgültige Zahlen)	2008 1. + 2. Quartal (vorläufige Zahlen)
BB	17	32	36	12
BE	152	157	180	73
BW	54	100	52	12
BY	152	96	83	80
HB	10	35	14	5
HE	23	113	109	29
HH	94	82	184	79
MV	14	39	124	18
NI	234	164	107	47
NW	96	157	133	41
RP	83	11	7	10
SH	87	42	38	29
SL	3	1	4	3
SN	108	94	86	55
ST	65	69	32	34
TH	48	17	58	20
Summe	1 240	1 209	1 247	547

Bei den Zahlen für die ersten beiden Quartale des Jahres 2008 handelt es sich um vorläufige Zahlen (Stand: 29. September 2008), die sich aufgrund von Nachmeldungen und Korrekturen teilweise noch erheblich verändern können, zumal erst der 31. Januar des Folgejahres den für die Länder maßgeblichen Meldeschluss darstellt.

2. Wie viele der angezeigten Gewaltstraftaten konnten im Ermittlungsverfahren seit dem Jahr 2005 bis einschließlich letztem Quartal aufgeklärt werden (bitte nach Bundesländern auflisten)?

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die von den Ländern für die Jahre 2005 bis 2007 des Folgejahres als geklärt gemeldeten Gewalttaten ersichtlich. Für die ersten beiden Quartale des Jahres 2008 wird der vorläufige Stand der aufgeklärten Gewalttaten zum 29. September 2008 wiedergegeben:

Jahr	Anzahl der aufgeklärten Gewalttaten	Aufklärungsquote in Prozent
2005	834	67,3
2006	832	68,8
2007	759	60,9
2008 1. + 2. Quartal (vorläufige Zahlen)	321	58,7

Bei den der Bundesregierung vorliegenden Aufklärungszahlen handelt es sich um Erhebungen der Länder. Eine Abstimmung vor Veröffentlichung der Zahlen der Länder ist aber im Rahmen der zur Beantwortung Kleiner Anfragen eingeräumten Zeit nicht zu leisten.

3. In wie vielen Fällen der angezeigten Gewaltstraftaten kam es seit dem Jahr 2005 bis einschließlich letztem Quartal zu einer Verurteilung (bitte nach Bundesländern, konkreter Straftat, Art und Höhe bzw. Dauer der Strafe auflisten)?
4. In wie vielen Fällen der angezeigten Gewaltstraftaten kam es seit dem Jahr 2005 bis einschließlich letztem Quartal zu einer Verfahrenseinstellung (bitte nach Bundesländern, konkreter Straftat, Einstellungsgrund auflisten)?
5. Wie viele der verurteilten Straftäter waren bereits vorher wegen einer linksextremistisch motivierten Gewaltstraftat rechtskräftig verurteilt worden, und welches Strafmaß wurde jeweils gegen sie ausgesprochen (bitte nach Bundesländern auflisten)?

In den Statistiken der Strafrechtspflege werden entsprechende Angaben nicht gesondert ausgewiesen.

6. Wie viele Sachbeschädigungsdelikte kamen seit dem Jahr 2005 bis einschließlich letztem Quartal im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – links zur Anzeige, und wie viele dieser angezeigten Straftaten konnten im Ermittlungsverfahren aufgeklärt werden (bitte nach Bundesländern auflisten)?

Im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ sind von den zur Erfassung der politisch motivierten Straftaten zuständigen Ländern dem Bundeskriminalamt in der Zeit vom 1. Januar 2005 bis zum 30. Juni 2008 insgesamt 7 478 Sachbeschädigungen gemeldet worden. Die Verteilung auf die einzelnen Jahre und Bundesländer ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Bundesland	2005 (endgültige Zahlen)	2006 (endgültige Zahlen)	2007 (endgültige Zahlen)	2008 1. + 2. Quartal (vorläufige Zahlen)
BB	55	64	97	67
BE	188	221	388	204
BW	233	201	217	88
BY	186	101	274	237
HB	21	16	68	13
HE	82	149	168	92
HH	98	86	145	97
MV	6	50	86	13
NI	249	306	336	206
NW	110	161	213	162
RP	17	46	20	31
SH	134	37	134	84
SL	5	1	8	8
SN	126	104	162	129
ST	99	146	102	85
TH	61	43	89	53
Summe	1 670	1 732	2 507	1 569

Bei den Zahlen für die ersten beiden Quartale des Jahres 2008 handelt es sich um vorläufige Zahlen (Stand: 29. September 2008), die sich aufgrund von Nachmeldungen und Korrekturen teilweise noch erheblich verändern können, zumal erst der 31. Januar des Folgejahres den für die Länder maßgeblichen Meldeschluss darstellt.

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die von den Ländern für die Jahre 2005 bis 2007 als geklärt gemeldeten Sachbeschädigungen ersichtlich. Für die ersten beiden Quartale des Jahres 2008 wird der vorläufige Stand der aufgeklärten Sachbeschädigungen zum 29. September 2008 wiedergegeben:

Jahr	Anzahl der aufgeklärten Sachbeschädigungen	Aufklärungsquote in Prozent
2005	317	19,0
2006	260	15,0
2007	274	10,9
2008 1. + 2. Quartal (vorläufige Zahlen)	193	12,3

Bei den der Bundesregierung vorliegenden Aufklärungszahlen handelt es sich um Erhebungen der Länder. Eine Abstimmung vor Veröffentlichung der Zahlen der Länder ist aber im Rahmen der zur Beantwortung Kleiner Anfragen eingeräumten Zeit nicht zu leisten.

7. In wie vielen Fällen der angezeigten Sachbeschädigungsdelikte kam es seit dem Jahr 2005 bis einschließlich letztem Quartal zu einer Verurteilung (bitte nach Bundesländern, konkreter Straftat, Art und Höhe bzw. Dauer der Strafe auflisten)?

8. In wie vielen Fällen der angezeigten Sachbeschädigungsdelikte kam es seit dem Jahr 2005 bis einschließlich letztem Quartal zu einer Verfahrenseinstellung (bitte nach Bundesländern und Einstellungsgrund auflisten)?
9. Wie viele der wegen der Sachbeschädigung verurteilten Straftäter waren bereits vorher wegen der gleichen Straftat rechtskräftig verurteilt worden, und welches Strafmaß wurde jeweils gegen sie ausgesprochen (bitte nach Bundesländern auflisten)?

In den Statistiken der Strafrechtspflege werden entsprechende Angaben nicht gesondert ausgewiesen.

10. Wie erklärt die Bundesregierung die auffallend hohe Anzahl an Sachbeschädigungen im linksextremistischen Spektrum unter Berücksichtigung der Motivation der Straftäter?

Sachbeschädigungen werden von einem Teil des linksextremistischen Spektrums als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele angesehen und stehen daher unter dem Gesichtspunkt der „Vermittelbarkeit“ eher im Vordergrund. Solche Aktionen können dabei spontan oder geplant sein und im Rahmen von Demonstrationen (z. B. Farbschmierereien) oder bei klandestinen Aktionen/Anschlägen (z. B. Brandanschläge gegen PKW) erfolgen. Die Anzahl der Straftaten wird dabei wesentlich durch die überwiegend anlass- und kampagnenorientierte Ausrichtung der linksextremistisch motivierten Akteure beeinflusst.

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren für die Gesellschaft und insbesondere die Jugend, die von dem linksextremistischen Spektrum ausgehen?

Politische Extreme begleiten die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung; in unterschiedlichen Ausprägungen bedrohen sie Demokratie, Freiheit und damit die Grundfesten der offenen Gesellschaft. Dies gilt auch für den politischen Linksextremismus. Die Bundesregierung sieht im Übrigen in der Auseinandersetzung und Bekämpfung jedweden politischen Extremismus eine ständige und prioritäre Aufgabe.

12. Warum fördert die Bundesregierung keine Programme bzw. Projekte gegen den Linksextremismus in Parallelität zum rechtsextremen Bereich (beispielsweise zur Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren aus dem linksextremistischen Spektrum, Aussteigerprogramme etc.)?

Wie in der Antwort zu Frage 11 dargelegt, setzt sich die Bundesregierung mit allen Formen des politischen Extremismus intensiv und der jeweiligen Lage angepasst auseinander. So betreibt z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung ein Internet-Dossier zum Thema Linksextremismus, um die Öffentlichkeit wissenschaftlich fundiert über Gefahren und Hintergründe politisch linker Extreme zu informieren.

13. Wie viele Aufzüge, Demonstrationen oder andere öffentliche Veranstaltungen der extremen Linken fanden seit dem Jahr 2005 bis heute statt (bitte nach Bundesländern auflisten)?

Die versammlungsrechtlichen Anmeldungen erfolgen im Zuständigkeitsbereich der (Kommunal-)Verwaltungen auf Landesebene. Dazu liegen der Bundesregierung keine statistischen Angaben vor.

14. Wie oft erfolgte die Organisation bzw. Anmeldung bei den Behörden durch den Sicherheitsbehörden bereits einschlägig bekannte (eingetragene) Vereine, Gruppierungen bzw. Einzelpersonen (bitte entsprechend aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen. Im Übrigen liegen der Bundesregierung entsprechende Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden der Länder nicht vor.

15. Wie intensiv war jeweils der polizeiliche Einsatz in personeller, sachlicher und finanzieller Hinsicht?

Die polizeiliche Einsatzführung im Zusammenhang mit Aufzügen, Demonstrationen oder anderen öffentlichen Veranstaltungen obliegt den jeweils zuständigen Bundesländern. Aufgrund fehlender Meldeverpflichtungen im Hinblick auf den polizeilichen Einsatz in personeller, sachlicher und finanzieller Hinsicht liegt der Bundesregierung eine entsprechende Statistik hierzu nicht vor.

16. Wie viele Aufzüge, Demonstrationen oder andere öffentliche Veranstaltungen der extremen Linken fanden mit gewaltsamen Ausschreitungen seit dem Jahr 2005 bis heute statt (bitte nach Bundesländern auflisten)?

Meldeverpflichtungen der Länder über gewaltsame Ausschreitungen bei öffentlichen Versammlungen bestehen nicht. Insofern liegen der Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse vor.

17. Wie oft erfolgte die Organisation bzw. Anmeldung bei den Behörden durch den Sicherheitsbehörden bereits einschlägig bekannte (eingetragene) Vereine, Gruppierungen bzw. Einzelpersonen (bitte entsprechend aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen.

18. Wie intensiv war jeweils der polizeiliche Einsatz in personeller, sachlicher und finanzieller Hinsicht?

Auf die Antwort zu Frage 15 wird verwiesen.

19. Gegen wen richteten sich die Gewalttätigkeiten (beispielsweise Polizisten, Rechtsextreme, Unbeteiligte etc.) jeweils?

Grundsätzlich zielen entsprechende Aktionen/Konfrontationen auf das jeweilige politische Gegenüber ab. So richtet sich ein Großteil der verübten (Gewalt-) Delikte gegen Personen des politisch rechten Spektrums (Links-Rechts-Konfrontation). Die seit Jahren zunehmende öffentliche Präsenz von rechtsgerich-

teten Akteuren im Zusammenhang mit Wahlen, Kundgebungen, Aufmärschen etc. führt damit auch zu einem gesteigerten Deliktsaufkommen im Bereich der PMK – links –. Darüber hinaus richten sich Gewaltdelikte von links regelmäßig auch gegen eingesetzte Polizeibeamte.

20. Welche linksextremen (eingetragenen) Vereine bzw. sonstige Gruppierungen waren an diesen gewaltsamen Ausschreitungen beteiligt?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Die Zugehörigkeit zu einem linksextremen Verein bzw. einer sonstigen Gruppierung ist kein Erfassungskriterium für den kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität.

21. Zu welchen Anlässen bzw. aus welchem Grund fanden die Aufzüge, Demonstrationen oder andere öffentliche Veranstaltungen mit gewaltsamen Ausschreitungen seit 2005 bis heute statt?

Ausschreitungen im Rahmen von versammlungsrechtlichen Aufzügen etc. waren in der Vergangenheit u. a. bei Aufzügen des politisch rechten Spektrums und linksmotivierten Gegendemonstrationen sowie im Zusammenhang mit kampagneorientierten Anlässen wie politischen Großveranstaltungen (z. B. G8- und EU-Gipfel, 1. Mai 2008 in Hamburg) und Demonstrationen gegen Castortransporte zu verzeichnen.

Vor allem Großveranstaltungen bieten Gelegenheiten für gewaltbereite Akteure, einzeln oder in Kleingruppen organisiert zu agieren und sich im Schutz der friedlichen Teilnehmer dem polizeilichen Zugriff zu entziehen.

22. Wie viele Festnahmen gab es bei diesen Aufzügen, Demonstrationen oder anderen öffentlichen Veranstaltungen mit gewaltsamen Ausschreitungen seit dem Jahr 2005 bis heute?

Im Rahmen des Polizeilichen Meldedienstes – Politisch Motivierte Kriminalität – wurden dem Bundeskriminalamt für den Zeitraum 2005 bis 30. Juni 2008 insgesamt 3 095 Festnahmen gemeldet.

